

Umgang mit Iran wird schwieriger

Von Volker Perthes

Der amerikanische Präsident Barack Obama hat richtigerweise sein Angebot an Iran aufrechterhalten, in absehbarer Zeit Verhandlungen über das iranische Atomprogramm wiederaufzunehmen. Politik muss Prioritäten setzen. Und die Prioritäten Obamas sind in diesem Fall zwei: die Verhinderung einer weiteren Proliferation von Atomwaffen im Nahen und Mittleren Osten und Stabilität in eben dieser Region. Um beide Ziele zu erreichen, wird man mit jenen sprechen müssen, die in Teheran die Entscheidungen treffen.

Es ist nicht die Aufgabe der USA oder der internationalen Gemeinschaft zu entscheiden, wer in Iran regiert oder wer die Präsidentenwahl «wirklich» gewonnen hat. Genau wissen wir das ohnehin nicht.

Was wir wissen, ist, dass Hunderttausende, zeitweise wohl sogar mehr als eine Million Iraner und Iranerinnen auf die Strasse gegangen sind, um gegen das ihrer Ansicht nach gefälschte Wahlergebnis zu protestieren. Die hohe Wahlbeteiligung bei den Präsidentenwahlen hat gezeigt, dass eine grosse Mehrheit der Bürger und Bürgerinnen des Landes, bei aller Kritik an den politischen Verhältnissen, bis dahin zumindest genug Vertrauen in die Institutionen hatte, um zur Wahl zu gehen: Man war überzeugt, über den Stimmzettel einen Unterschied machen zu können.

Dieses Vertrauen hat eine kritische Masse der Bevölkerung mittlerweile verloren. Dies ist keine Frage von Mehrheit und Minderheit, sondern eine des breiten gesellschaftlichen Konsenses: Wenn ein Regime, noch dazu eines, das sich selbst als revolutionär definiert, die Kontrolle über die Strasse nur noch durch die Gewalt von Polizei und Milizen wiederherstellen kann, wenn es die Deutungshoheit in den Medien nur durch die Schliessung von Zeitungen und Internetsites zurückgewinnt – dann hat es ein echtes Legitimationsproblem.

Von einer Parteinahme für den Kandidaten Musavi haben westliche Regierungen zu Recht Abstand genommen. Sie hätte Musavi vermutlich nur geschadet, hätte Ahmadinejad und seinen Leute erlaubt, den Oppositionsführer als Lakaien des Westens zu diffamieren, und so auch dessen Legitimität untergraben.

Wir werden es vorerst wohl weiter mit Mahmud Ahmadinejad als Präsidenten zu tun haben. Seine Präsidentschaft nicht anzuerkennen hiesse nur, auf Regierungsebene keinen Gesprächspartner mehr in Teheran zu haben.

Richtig ist, dieser iranischen Regierung deutlich zu machen, dass die von ihr gewünschte allgemeine Verbesserung der Beziehung zum Westen auch davon abhängt, wie sie mit den Menschen im eigenen Land umgeht und ob sie die in der eigenen Verfassung garantierten Grundrechte, darunter das Recht auf freie Meinungsäusserung, respektiert. Es wäre nicht nur symbolische Politik, wenn europäische Staaten etwa gezielte Reiseverbote gegen bestimmte Personen verhängten, die die Repression unterstützen.

Warum sollte man beispielsweise einem Universitätspräsidenten, der den Basij-Milizen erlaubt, in die Studentenwohnheime einzudringen, um oppositionelle Studenten aufzumischen, ein Einreisevisum erteilen? Wir brauchen solche Personen nicht für Gespräche und Verhandlungen über das Atomprogramm oder über regionale Probleme. Und wir können, wenn wir sie auf eine «No-Visa»-Liste platzieren und diese veröffentlichen, ein deutliches Zeichen der Solidarität mit denen setzen, deren Menschen- und Bürgerrechte verletzt werden.

Solidarität und verantwortliche Realpolitik müssen sich also nicht im Wege stehen. Verhandlungen mit Iran bleiben notwendig, auch wenn es noch komplizierter sein wird als schon zuvor, sie auf den Weg zu bringen.

Letzteres hat mit der Innenpolitik in den USA und der inneren Entwicklung in Iran zu tun. Für den US-Präsidenten wird es schwierig, einen Dialog mit der iranischen Regierung einzuleiten, wenn das Blut auf den Strassen Teherans noch frisch ist oder die Repression anhalten sollte.

Und in Teheran haben die Proteste und ihre Unterdrückung die inneren Machtgewichte verschoben: Bislang galt, dass der geistige Führer (rahbar), Ayatollah Khamenei, für alle wesentlichen Entscheidungen einen Konsens innerhalb der weiteren politischen Elite gesucht hat, zu der auch Personen wie der ehemalige Präsident Rafsanjani gehören. Dieser Grundkonsens scheint aufgekündigt zu sein. Der Präsident ist schwächer als in der ersten Amtszeit; die Autorität des geistigen Führers ist angekratzt; die Sicherheitskräfte dürften noch grösseren Einfluss innerhalb des Systems erhalten.

Einige Stimmen fordern nun, auch die Atomverhandlungen mit Iran zu konditionieren – also vom Wohlverhalten der iranischen Regierung abhängig zu machen. Eine solche Haltung übersieht die oben geschilderten Prioritäten. Diplomatie ist nicht in erster Linie der Umgang mit unproblematischen Gesprächspartnern; sie wird gerade dann notwendig, wenn die Probleme drängen. Und dies ist der Fall: In der Nuklearanlage jedenfalls wird umso mehr Uran angereichert werden, je länger sich ein diplomatischer Prozess verzögert.>

Erstellt: 07.07.2009, 01:16 Uhr

<http://www.derbund.ch/zeitungen/meinungen/Umgang-mit-Iran-wird-schwieriger/story/10749921>